

Zur Lage in Deutschland.

Von Bischof J. L. Nielsen.

Deutschland ist krank. Schmerzlich krank. Sein Zusammenbruch war nicht bloß ein Verfall der Nervenkraft infolge des zermürbenden Hungerkrieges. Die Ereignisse seit dem Kriege zeigen dem doch deutlich, daß noch weit wichtigere und tiefere Ursachen in Frage kommen. Es war ein Zusammenbruch des ganzen innerpolitischen Regierungssystems, wie es im deutschen Reich und Polizeistaat herrschte, ein Zusammenbruch auch des kirchlichen Systems, das mit diesem Polizeistaat so eng verbunden war. Die innern Wirren, die wie Fieberhauer den deutschen Volkkörper seit der Revolution erschütterten, die Zerrissenheit, der Mangel an innerem Zusammenhalt, an nationalem Sinn und an Hilfsbereitschaft sind Symptome einer tiefen, innern Krankheit. Es kommt jetzt wie in Geschwüren zum Ausbruch, was schon längst an bösen Säften im Volkskörper kreiste. Die Versäumnisse und verkehrten Methoden früherer Jahre und Jahrzehnte tragen nun ihre Früchte, und die sind gar bitter.

Nun weiß ich sehr wohl: Deutschland ist nicht nur krank, es ist auch sehr empfindlich. Das kann man leicht verstehen. Man hat so viele Verleumdungen über das deutsche Volk in der Welt ausgestreut; man hat den deutschen Namen der Verachtung preisgegeben; man hat die Deutschen im Auslande wie in den Kolonien so niederträchtig behandelt; man verübt am deutschen Volk im Namen der Gerechtigkeit die größten Ungerechtigkeiten, daß die Deutschen es empfinden, als ob sie von der ganzen Welt verachtet, geschmäht, mißhandelt wären. Hier sind Wunden, die schmerzen, und bei jeder Verhöhnung juckt es durch den ganzen Leib. Wer heute ein Wort der Kritik äußert, wird leicht mißverstanden, als ob er in das Gehege der Unwilligen einstimme, und der Vorwurf, deutschfeindlich zu sein, liegt sehr nahe. Ferne sei es von mir, ägende Vorwürfe in die offenen Wunden gießen zu wollen. Und doch, wir in Amerika, die wir das deutsche Volk lieben, und ihm zu helfen wünschen, müssen uns ein klares Bild machen nicht nur von der jetzigen Lage, sondern auch von den Gründen, welche zu dem innern Zusammenbruch geführt haben, wenn wir wirklich tatkräftig helfen wollen. Und gerade die Kräfte in Deutschland, von denen die innere Neugebung ausgehen muß, und deren Hände wir stärken möchten, können gegen eine objektive Diagnose, selbst wenn sie peinliche Ergebnisse zutage fördert, im Interesse des Heilungsprozesses keine ernsthaften Einwendungen erheben.

Warum haben die untern Schichten, die weiten Kreise der Arbeitbevölkerung, im großen und ganzen kein Interesse daran, dem Notstand abzuhelfen? Zum ersten weil sie unter dem System des Obrigkeitstaates nicht daran gewöhnt worden sind, aus eigenen Mitteln, durch eigene Tätigkeit das Gemeinwohl zu fördern; zum andern, weil sie durch Jahrzehnte hindurch vom Staate gehemmt und von der Kirche mißachtet worden sind und daher ein gutes Feld boten für die Ausaat der Verhegung. Deutschland besitzt soziale Einrichtungen von großartiger Bedeutung. Seine Altersversorgung, Invalidenversorgung, Krankentassen und manche andere Einrichtungen können als vorbildlich bezeichnet werden. Aber sie werden als von oben herab gegeben, als „befohlen“ empfunden. Sie sind nicht durch die Wahl oder Mitbestimmung des Volkes zustande gekommen. Die Regierung plante für das Volk und bestimmte für das Volk und führte aus für das Volk, ohne das Volk zu fragen, und hat dadurch die soziale Verantwortlichkeit im Volke erlöset.

Doch das ist nicht das Schlimmste. Die soziale Bewegung in Deutschland ist als staatsfeindlich und vaterlandsgefährlich lange Jahre hindurch gehemmt und unterdrückt worden. Dadurch wurde der Klassenkampf ungemein verschärft und verbittert. Der Boden war bereit zur Aufnahme der verheerenden Saat. In den Jahren des Druckes von oben und der Verhegung seitens ihrer Parteiführer haben die Arbeitermassen gelernt, die oberen Klassen als ihre natürlichen Bedrücker und Feinde anzusehen. Die Luft wurde immer breiter, die Verbitterung härter und auch alle die schönen und guten sozialen Einrichtungen konnten die Stimmung nicht mildern, gingen sie doch von der Bourgeoisie, den Besitzenden, den Regierenden, also den Feinden aus und konnten nur dem Zwecke dienen, den Proletariat gedulbig zu erhalten dadurch, daß man ihm von Zeit zu Zeit einen Brocken hinwarf.

Dieser Gegensatz ist in keiner Weise durch den religiösen Einfluß der Kirche gemildert worden. Es liegt mir ferne, das viele Gute, welches durch die evangelischen Landeskirchen geschehen ist, in irgend einer Weise herabzusetzen zu wollen. Ströme des Segens haben sich durch ihre Wirksamkeit ergossen, wie in die Heimat, so in alle Welt. Aber dies darf uns nicht hindern, auch die Fehler und Versäumnisse zu erkennen. Und in ihrem Dienst an den handarbeitenden Klassen hat die Kirche es fehlen lassen. Sie hatte wenig Verständnis für die sozialen Verdrübungen dieser großen, weiten Massen. Sie konnte es nicht haben, da sie zu eng mit dem Staate verbunden war. Die evangelisch-lutherischen Kirchen Deutschlands haben die bestehende gesellschaftliche und staatliche Ordnung, einfach als nach göttlichem Willen gegeben, angenommen. Die Kirche war die Stütze des Thrones, „Thron und Altar“, wie oft hat man diese beiden als die starken Pfeiler der Ordnung und des Volkes bezeichnet. Da nun der Thron kein Verständnis für die sozialen Verdrübungen hatte, sondern dieselben bekämpfte, so war es Aufgabe des Altars, denselben Kurs zu verfolgen. Konventionen und kirchlich waren nur zu oft gleichbedeutend. Der Pfarrer war schließlich in erster Linie ein königlich preussischer oder sächsischer oder bayrischer Beamter und konnte nicht mit Verdrübungen sympathisieren, die dem Landesherren, der dazu noch der

oberste Bischof der Kirche war, als vaterlandsfeindlich bezeichnet wurden.

Das Resultat dieser Stellung der Staatskirche war, daß die gesamte Arbeiterbewegung Deutschlands, im Gegensatz zu der in England, in eine kirchenfeindliche, ja kirchenfeindliche Bewegung gedrängt wurde, und daß die Erbitterung der Arbeiterschichten sich ebenso wohl gegen Kirche und Christentum, wie gegen die Besitzenden und den Polizeistaat richtete. Gaben sie doch in der Kirche einen Teil des Machtstaates. Und wie der Staat mit Polizeimitteln die soziale Bewegung zu unterdrücken versuchte, so hat die Kirche dieselben Machtmittel vielfach gegen die „Sektierer“ angewandt und suchte sich zu behaupten, nicht durch die Kraft der Wahrheit, sondern durch den Polizeibüffel. Was sich die evangelisch-lutherischen Pfarrer namentlich Sachsens und einiger Teile Preussens an Placeten geleistet haben, was zumeist auf die Strängen an Geldstrafen, an Gefängnisstrafen, an Verböten von Versammlungen, an Verböten, auch nur ein Baderufer bei Begräbnissen auf dem Kirchhofe zu sprechen, und dergleichen mehr, bis auf die jüngste Zeit von der Polizei verfügt worden ist, davon können die Freikirchen viel erzählen, ganz besonders die Methodisten. Das haben sie an ihrem eigenen Leib erfahren. Ich habe unter dem Titel „Mittelalter oder Neuzeit?“ vor einigen Jahren in „Christlichen Apologeten“ eine Anzahl Proben veröffentlicht. Es ist ja anders geworden, so daß heute die theologischen Studenten es als ganz unglaublich halten, wenn man ihnen einzelne Vorkommnisse erzählt. Aber die Folgen sind geblieben. Die Kirche ist durch diese Anwendung von Polizeimahregeln nicht gestärkt, sondern geschwächt worden. Die kleinen Leute, die Arbeiter, zu denen die Gemäßigten und Geldstrafen Belegten zumeist gehörten, sind dadurch in ihrem Glauben, daß die Kirche eine Anstalt sei, die sich auf den Polizeistaat stütze, nur gestärkt worden. Es ist dieses Vorgehen der kirchlichen Organe in den Arbeiterkreisen mehr geiprohen und kritisiert worden, als man vielfach annimmt.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.
Der Schwarzsach ist eine heimtückische Sache. Wenn das erste Rufen überwunden ist, darf man noch nicht zurücksuchen; denn es kommen Nachschichten, die schlimmer sind, als der Ausfall vom Anfang. In einer ähnlichen Lage befindet sich jetzt zwei Wochen das arme Deutschland. Aus dem Schwarzsachfieber, in das uns die Morbiden gestürzt haben, droht sich eine lebensgefährliche Nierenentzündung zu entwickeln.
Die deutsche Republik soll gerettet werden, lautet die Parole. Da wird so viel agitiert, daß der ganze Bau der Republik ins Wasser gerät. Der amerikanische Dollar steigt bis über 500, und das deutsche Vermögen sinkt mit derselben Schnelligkeit in die schwindelnde Tiefe.

Notgedungen hat die deutsche Regierung bei unferen ehemaligen Feinden schon wieder einen Aufschub für ihre Tributzahlungen beantragt müssen. Frankreich will uns freilich die nächste Rate vom 15. Juli noch aus der Tasche ziehen; aber für die weiteren Zahlungen wird uns doch Nachsicht in Aussicht gestellt. Schlimmer noch steht es um die innerpolitische Lage.

Man sprach von einer heilsamen „Erweiterung der Koalition“, als die Aufnahme der „Unabhängigen“ in den Regierungsbund beantragt wurde. Die bürgerlichen Parteien sagten: „Erweiterung ist gut, also wollen wir gleichzeitig nach beiden Seiten hin das Fundament ausdehnen.“ Aber da kam heftiger Widerspruch. Nur von links her sollte der Fußwachs genommen werden dürfen. Daraus ließ sich klar erkennen, daß man es darauf abgesehen hatte, den Schwerpunkt der Regierung nach links zu schieben.

Mit vieler Mühe gelang es, im Reichstage selbst diese gefährliche Bewegung etwas zu dämpfen. Aber als wir etwas aufatmen wollten, da kamen die Forderungen der Gewerkschaften.

Wenn das nicht abgewehrt wird, so treiben wir in eine Aufspaltung des Reichstages und in einen verhängnisvollen Wahlkampf, der vielleicht in einen Bürgerkrieg und in den Vormarsch der Franzosen auslaufen kann. Dann gibt es auch eine Diktatur, aber eine fremdbändige, unter der wir alle zu stöhnen und zu frohen hätten.

Für jedes unbefangene Auge ist der einseitige Ausweg klar zu erkennen. Das Brotgeld ist fertig, die halbfertigen Schutzesche können bald erledigt werden, und dann kann der Reichstag in die stilligen Sommerferien gehen, damit wir im Herbst und Winter die Frage der Koalition und der Ministerposten in aller Ruhe erledigen.

Wenn Eigennutz und Leidenschaft das bereiten, dann kann es der Republik vielleicht zu ergehen, wie dem Mexikonen in den Tropen, der sich einen Pfaffen gegähmt hatte. Als eine Fliege sich auf die Stirn des schlafenden Mannes setzte, nahm der blinde, eifrige Gorilla einen großen Stein, schlug nach der Fliege und hieß dabei seinem Herrn den Schadel ein.

Die notleidende Entente-Kommission.

Wie das deutsche Volk ausgebeutet wird. Die Preissteigerung der Lebensmittel ist von der Entente als billiger Vorwand benutzt worden, um den „notleidenden“ Mitgliedern der in Deutschland weilenden Internationalen Militärkontrollkommission selbstverständlich auf Deutschlands Kosten eine beträchtliche Erhöhung ihrer „Aufwandsentschädigung“ für Juni und Juli zu gewähren.
Die Erhöhungen aber betragen: Der Vorsitzende der Kommission, General Mollet, erhält jetzt

monatlich (1) 103 800 Mark statt „nur“ 71 950 Mark bisher. Sonstige Generale, Oberste und Oberleutnants erhalten im Monat Januar bis Mai 48 000 Mark in den Monaten Januar bis Mai. Majorer in der Stellung von Abteilungsleitern erhalten monatlich 54 625 Mark statt 37 875 bisher. Die sonstigen Majore beziehen künftig monatlich 49 175 Mark statt 34 100 Mark bisher; Hauptleute, Leutnants und Unterleutnants 48 425 Mark statt bisher 32 000. Für Linienoffiziere sind die monatlichen Besätze von 17 500 auf 25 250 Mark, für Gemeine von 10 600 auf 15 200 Mark erhöht worden.

Selbstverständlich handelt es sich bei diesen Besätzen nur um die Teuerungszulagen, die das deutsche Volk für die französische Besatzung auszubringen hat, denn neben den oben angeführten Monatsgehältern beziehen die französischen Militärs ihr waldstarkes Heimatgehalt. Die Ententepresse kann sich nicht genug entfalten über „Beschwendungsgeheimnisse“ die Deutschland bei der Besetzung seiner Beamten an den Tag lege. Ein Blick auf die oben angeführten Ziffern bereitet schon, daß die Ententemilitärs selbst bei der jetzigen außerordentlichen Teuerung mit ihrem bisherigen Gehalt ein Leben hätten führen können, dessen sich kein im gleichen Range stehender deutscher Beamter oder Soldat auch nur im entferntesten erfreut.

Es ist höchste Zeit, daß diese „notleidenden“ Kommissionen, die angeführt der gänzlichen Enteroaffung Deutschlands mehr als überflüssig sind, Deutschland verlassen. Für die Millionen, die man ihnen bezahlt, könnte weit bessere Verwendung gefunden werden.

Die Antwort der Entente.

Die Julikrate muß bezahlt werden. Die Reparationskommission hat dem Vorsitzenden der Kriegskostenkommission, Staatssekretär Fischer, eine vorläufige Antwort auf die deutsche Bitte um Erhöhung der Barzahlungen gegeben. Die Kommission behält sich vor, die in der deutschen Note erwähnten Schwierigkeiten zu prüfen, will aber vor endgültiger Beschlussfassung über den deutschen Erhöhungsantrag den Bericht des Garantiefomitees abwarten; wegen der Dringlichkeit der Frage glaubt sie, eine Entscheidung der deutschen Regierung noch vor dem 15. August übermitteln zu können. Was die Zahlung anbelangt, die am 15. Juli fällig ist, so fordert die Kommission Deutschland auf, die fälligen zweieinunddreißig Millionen Goldmark in der üblichen Weise zu leisten.

Die deutsche Regierung hatte befallmlich gebeten, die 32 Millionen Goldmark vorläufig in der Reichsbank zu belassen, weil sie sonst vielleicht nicht in der Lage sein würde, das Brotgetreide, das für die Ernährung Deutschlands in den nächsten Monaten eingeführt werden muß, zu bezahlen. Wie es heißt, hatte der englische Delegierte der Reparationskommission, Dr. Brabury alle Anstrengungen gemacht, damit das deutsche Ansuchen erfüllt werde. Trotzdem hat wieder einmal der französische Standpunkt in der Reparationskommission geiegt. Der Sieg der französischen Forderung kann natürlich nur die Folge haben, daß das neuerliche Lebensbedürfnis der deutschen Regierung zur Erwerbung ausländischen Getreides eine neue Erhöhung des Dollarkurses bewirken wird.

Lloyd George für den Zahlungsausschuss.
Lloyd George hat im Unterhause erklärt, nach Ansicht der englischen Regierung sei eine solche Erhöhung notwendig, daß Deutschland ein solcher Zahlungsausschuss gewährt werde, damit es in die Lage komme, seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und dadurch die Möglichkeit erlange, sobald als möglich angemessene Reparationszahlungen zu leisten. Bevor das Garantiefomitee seinen Bericht erstattet habe, könne die Regierung keinen Beschluß fassen. Das Garantiefomitee werde zu erklären haben, ob Deutschland einen Bankrott nur vorspiegele oder ob der Stand der Mark auf den tatsächlichen Zustand in Deutschland zu beziehen sei.

Der englische Vertreter in der Reparationskommission Sir John Brabury hat sich nach London begeben, um mit seiner Regierung Fühlung zu nehmen.

Erhöhung der Eisenbahntarife

Die neuen Sätze ab 1. Oktober.
Es steht nunmehr fest, daß die Reichseisenbahn der Teuerung folgen wird und auch überherrs ab 1. Oktober die Personentarife um 50 v. H. erhöht werden. Und zwar werden die neuen Einheitsätze für den Kilometer betragen: In der vierten Klasse 45 Pfg., in der dritten Klasse 67,5 Pfg., in der zweiten Klasse 112,5 Pfg., in der ersten Klasse 202,5 Pfg. Die Sammelzugzuschläge werden betragen: Für die Zone I (1—75 km.) in der dritten Klasse 15 Mark, in der ersten und zweiten Klasse 30 Mark, für die Zone II (76—150 km.) in der dritten Klasse 30 Mark, in der ersten und zweiten Klasse 60 Mark und für die Zone III (über 150 km.) in der dritten Klasse 45 Mark, in der ersten und zweiten Klasse 90 Mark.

Auch auf die Zeitkarten aller Art erstreckt sich die Erhöhung der Fahrpreise um 50 v. H. Im jedoch den Berufs- und Siedlungsverkehr zu schonen, soll der sogenannte Notstandsstarif, demzufolge die Monatskarten schon jetzt zu nur 16 Einheitsfahrten berechnet werden, noch bis dahin ausgesetzt werden, daß vom 1. Oktober ab der Berechnung nur 14 bzw. 3½ Fahrten zugrunde gelegt werden.
Als Einheitsatz für den Militärpersonenverkehr ist der Betrag von 20 Pfg. für das Kilometer in Aussicht genommen. Der Preis der 2. und 3. Klasse beträgt künftig die Hälfte des Fahrpreises dritter Klasse, eine Bahnsteigkarte wird 1,50 Mark kosten.

Auch der Gepäcktarif muß aus denselben Gründen wie der Personentarif zum 1. Oktober 1922 erhöht werden, und zwar ist ein Frachtsatz von 10 Pfg. für 10 kg. und 1 km. in Aussicht genommen. Die Mindestfracht für Gepäck wird von 5 auf 10 Mark heraufgesetzt.

Politische Rundschau.

Berlin, den 15. Juli 1922.

Der Reichstag hat beschlossen, gegen den vom Reichsausschuss angenommenen Antikriegsentscheidungs-Vertrag über den Kriegsausgleich (uneheliche Mütterlichkeit) Einspruch zu erheben.

Der Reichstag hat einstimmig eine Entschleunigung des Kriegsausgleichs, welche die am Streit beteiligten Parteien empfindet.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau werden voraussichtlich auf Wunsch der polnischen Regierung im Hinblick auf die schwebende Ministerkrise bis Ende dieses Monats verschoben werden.

Die Vorkonferenz hat die Interalliierte Kommission für Oberösterreich nunmehr offiziell aufgestellt.

Die gemeinsame oberösterreichische Kommission mit Bräutigam, Calonder ist von Warschau nach Katowitz zurückgekehrt.

Dem Vernehmen nach ist als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Reichspräsidenten Deubert der bisherige Reichsaussenminister Dr. Simons in Aussicht genommen.

Die innere Krise. Die Rückkehr des Reichspräsidenten, dessen Gesundheitszustand viel zu wünschen übrig läßt, hat sich bis zum Sonnabend verschoben. Infolgedessen ist auch die Lösung der parlamentarischen Krise im Reichstag bisher nicht vorwärts gekommen. Es haben unterdessen zwar zwischen den Oppositionsparteien neue Verhandlungen stattgefunden, doch bezogen sich diese im wesentlichen auf die Einzelheiten des Gesetzes zum Schutze der Republik. Es handelte sich dabei insbesondere um die bei der zweiten Lesung eingefügte Bestimmung über die Bestrafung der gewalttätigen Sprengung von Versammlungen, deren Beteiligung die Sozialdemokraten wünschten, an der aber die Deutsche Volkspartei sehr entschieden festhält. In der Frage der Regierungsumbildung stehen sich die Ansichten der Parteien noch weit vor schroff gegenüber. Während die beiden Sozialistischen Fraktionen auf ihrer Forderung nach Befreiung der Unabhängigen an der Regierung bestehen, ist in Zentrum und Freiwirtschaftler in schärfer Form die Auffassung zum Ausdruck gekommen, daß eine Koalition mit der Unabhängigen Sozialdemokratie für das Zentrum unmöglich sei und daß die Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierung nur dann in Frage kommen könnte, wenn zugleich auch die Deutsche Volkspartei in das Kabinett eintreten würde. In der Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei besteht dieselbe Auffassung, daß das Eingreifen der Gewerkschaften unerlässlich sei, da das Regieren ohne parlamentarischer Zustimmung eine Regierung begründen würde, die auch im Hinblick auf das Ausland nicht gebildet werden könnte.

Die Reform der Einkommensteuer. Der Steuerentwurf des Reichstages hat die Novelle zum Einkommensteuergesetz in zweiter Lesung erledigt. Der Tarif wurde unverändert wie in erster Lesung angenommen. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Helfferichs (NatL), nach dem neben den laufenden auch die einmaligen Beträge für wissenschaftliche Zwecke usw., soweit sie 10 Prozent des steuerbaren Einkommens nicht übersteigen, abzugsfähig sein sollen. Angenommen wurde weiter ein Antrag, wonach Witwen, Alters- usw. Renten steuerfrei sein sollen, auch wenn sie 8000 Mark übersteigen, und ein Antrag auf Freilassung der bei Sparanlagen usw. nach Art der Lebensversicherungen hinterlegten Gelder bis zum Höchstbetrage von 8000 Mark. Weiter wurde ein Antrag zugunsten der Kleinentner und Kleinstatthaltern angenommen, wonach Einkommen bis zu 20.000 Mark steuerfrei bleiben sollen. Die Werbauskosten wurden auf 10.800 Mark festgesetzt.

Ein Antrag Dr. ... (D. Vp.) auf Anrechnung der zwischengeschalteten Zinsen für das Reichsaussenministerium auf die Einkommensteuer wurde genehmigt.

Das Reichskriminalpolizeigesetz. Der Reichstag hat das Reichskriminalpolizeigesetz mit 56 gegen 10 Stimmen angenommen. Das Gesetz ist in der Reihe der Vorlagen, die seit mehreren Wochen die gesetzgebenden Körperschaften im Hinblick auf den Schutz der Republik beschäftigen, die vierte. Es wird damit bewirkt, eine gewisse Gleichmäßigkeit der Handhabung in den einzelnen Ländern vorzunehmen und die Wahrsamung der Kriminalpolizei nicht lediglich den Ortspolizeibehörden zu überlassen, sondern für wichtigeren Vergehen und Verbrechen besondere Kriminalbehörden zu errichten, die nicht an den engen Bezirk gebunden sind. Nach § 6 kann das Reichskriminalpolizeiamt auch ohne Antrag ausnahmsweise im ganzen Reichsgebiet durch seine eigenen Vollzugsbeamten Ermittlungen anstellen und allen Polizeibehörden Befehle erteilen, wenn es sich um Einzelfälle handelt, durch die die Interessen des Reichs unmittelbar berührt werden. Die Befugnis zu diesen Maßnahmen kann dem Reichskriminalpolizeiamt von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsausschusses auch für ganze Sondergebiete polizeilicher Tätigkeit übertragen werden. Im Gegensatz zu den übrigen Staaten sprach sich Bayern scharf gegen die vorgeschlagene Regelung aus, weil der § 6 weit über das wirkliche Bedürfnis hinausgeht und durch die Reichsrelativität tief in die verfassungsmäßigen Rechte der Länder eingreife, deren Polizeihohheit antaste und wesentlich einschränke. Auf Antrag Badens wurde beschlossen, daß in Fällen eigener Ermittlungstätigkeit des Reichskriminalpolizeiamtes der obersten Polizeibehörde des in Frage kommenden Landes hiervon unverzüglich Anzeige zu erstatten ist. Der Reichsausschuss des Innern erklärte sich mit diesem Zusatz zu § 6 einverstanden.

Rechtsauschuss. Der Rechtsauschuss des Reichstages hat bei der Beratung des Reichsausschusses einen Antrag des Zentrums angenommen, der den § 10 Abs. 2 folgendermaßen faßt:

„Rechtsbeamte, die mit dem Schutze der Republik beauftragt sind, haben sich auch außerhalb ihrer amtlichen Tätigkeit jeder tätigen Anteilnahme an Bestrebungen zur Änderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform zu enthalten. Diese Bestimmungen sind in dem anliegenden Verzeichnis unter Nr. 1 aufgeführt. Die Reichsregierung kann das Verzeichnis unter Mitwirkung eines Ausschusses des Reichstages ändern.“

Eine entsprechende Liste hat dem Reichstag bereits vorgelegen.

Ein Notgesetz für die Presse. Der Reichstag hat das Notgesetz für die Presse angenommen. Zur Bildung einer Kinderergänzungsklasse für die Presse wird auf die gesamten Holzverkäufe eine Umsatzsteuer von 1/2 Prozent gelegt, außerdem wird eine Aufschlagsgabe von 1/2 vom Laufend erhoben. Das Gesetz soll vorläufig bis zum 31. Dezember 1923 gelten.

Regierungskrise in Braunschweig. Der neue braunschweigische Kultusminister Käfer (D. Vp.) hat bei der Abstimmung des Landtages über ein von den Unabhängigen gegen ihn eingebrachtes Mißtrauensvotum sein Amt niedergelegt und gleichzeitig im Auftrage seiner Fraktion ihren Austritt aus der Regierungskoalition erklärt. Käfer kam der Abstimmung durch seinen freiwilligen Austritt zuvor, weil eine der Koalitionsparteien, nämlich die Mechtelsozialisten, voraussichtlich gegen das Mißtrauensvotum gegen ihn gestimmt und dem Antrage zu einer Annahme verhalten hätte. Die nächste Folge der Politik der Unabhängigen dürfte auch der Austritt der Demokraten aus der Regierungskoalition und die Bildung einer neuen rein sozialistischen Regierung sein.

Zeitungsverbot in Dänemark. Auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik hat der Oberpräsident der Provinz Dänemark die „Wartensche Zeitung“ auf die Dauer von drei Wochen verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund eines Artikels, der außerordentlich scharfe Angriffe gegen die Regierung und den Reichskanzler richtete, die, wie amtlich mitgeteilt wird, in Form und Inhalt gegen die Verordnung zum Schutze der Republik verstießen.

Rundschau im Auslande.

Die österreichische Regierung hat dem Parlament ein Weimarnotgesetz vorgelegt, das freiwilligen Austritt mit einjähriger Abfertigung sowie zwangsweisen Austritt und Aufnahmeperre für drei Jahre vorsieht.

Die Saager Unterkommission für das private Eigentum hat beschlossen, daß mit Rücksicht auf die Erklärung Litwinoffs weitere Sitzungen zwecklos seien und daß die Kommission in diesem Sinne in der Plenarsitzung der Konferenz Bericht erstatten werde.

Die Vorkonferenz hat das Gebiet des ehemaligen Königreiches Montenegro dem südwestlichen Saal zugewiesen.

Der französische Bevollmächtigte Pamentier ist in Washington angekommen und hat sich bereit erklärt, mit der Schuldenkommission die Abrechnung der französischen Kriegsschulden an ... zu verhandeln.

Die Eröffnung des neuen südbirgischen Parlamentes, die ursprünglich am 1. Juli festgesetzt war und dann ins 15. Juli verschoben wurde, ist wegen der Fortdauer der Unruhen in Südbrasilien auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Die englische Regierung hat bei der französischen Regierung gegen die Angebots des Wausers der Eisenanlagen von Tanager Protest eingelegt.

Der britische Dampfer „Actur Serena“ ist unter der Aufsicht der Kommando an Bord zu führen, von den Briten beschlagnahmt und in den Galen von Athen gebracht worden.

Die amerikanischen Antropologen haben den Schiedsgerichtsvorschlag des Präsidenten Harding angenommen.

Ausland: Das Glend in der Ukraine. Nach einem Bericht des Delegierten des Genfer Disarmamentes für das hungarische Ausland herrschen in den ukrainischen Städten Kirow, Charlow und Dnestra ganz furchtbare Zustände. Daran verliert Kirow, wohin Tausende von Flüchtlingen aus dem Hungergebiet strömen, nicht mehr über die Mittel zu ihrer Verpflegung und Unterkunft. Die Flüchtlinge bleiben ohne jegliche Hilfe am Bahnhof liegen, wo sie elend sterben. In Charlow, dem Sitz der ukrainischen Regierung, sehen sich die Behörden bereits genötigt, die Spitäler zu schließen, weil sie weder Medikamente noch Lebensmittel besitzen. Ähnliche Zustände herrschen in Dnestra. Die Wagen, welche die Truppen in Dnestra sammeln, brauchen fast eine Woche, um die Stadt zu durchqueren, so daß die Leichen oft tagelang auf den Straßen liegen bleiben, bevor man sie in die gemeinsame Grube hinwerfen kann. Viele Leichen sind, bevor sie beigesetzt werden, nicht nur von Motten, sondern auch von Hungernden angegessen. Das ganze Gebiet zwischen Dnestra und Koltawa, das einst zu den schönsten Gegenden der Ukraine gehörte, liegt jetzt völlig brach. Die Häuser stehen verlassen, mannde Städte in der Ukraine haben 85 Prozent ihrer Einwohnerzahl verloren. Die Menschensterben ist verheerend verbreitet, daß sie von den Behörden nicht mehr verfolgt wird.

Locales.

Gedenktafel für den 16. Juli. 1822 Hedwig (Frau) Mohammeds von Mecca nach Medina; Beginn der mohammedanischen Zeitrechnung — 1834 Franz Aders, Begründer Deutsch-Südwestafrikas, in Bremen († 1888) — 1872 Dr. norddeutscher Polarforscher Nordmann in Borje — 1890 † Der Richter Gottfried Kollen in Jülich († 1819).

Nicht angelesen unterforschten. Es viele Patente, die jetzt hat es noch nie zu unterforschen gegeben. Erlasse aller Art drängen einander und auch in rein privaten Angelegenheiten findet sich fortwährend Neues. Besonders bei Vereinbarungen über Käufe und Versicherungen ist jede Zeile genau zu beachten, denn der Käufer oder Absender meinen leicht etwas anderes als der Käufer. Und schließlich ist nicht das maßgebend, was die eine oder die andere Partei gemeint hat, sondern was schwarz auf weiß geschrieben steht. Selbst unter guten Freunden und Bekannten sollen Vereinbarungen schriftlich abgeschlossen werden, denn die Preisverhältnisse ändern sich sehr zu schnell. Auch Mietverträge sollten stets schriftlich abgeschlossen werden, denn nicht liegen, selbst in der Kleinstadt, die Dinge so einfach, daß dieselben nicht mit der Zeit recht kompliziert durch neue Gesetze werden könnten.

Neue Flugpostmarken. In den nächsten Tagen erscheinen neue Flugpostmarken zu 25, 40, 50, 60 und 80 Pfg. in anderer Ausführung als die ersten, im Jahre 1919 herausgegebenen Flugpostmarken zu 10 und 40 Pfg. Mitte Juli folgt eine weitere Reihe von Flugpostmarken in den Werten 1, 2, 3 und 5 Pf. Die Marken sind für Abdruckstudien bestimmt und

vollständigen Freimachung für sich allein oder als Zusatzmarken zu den gewöhnlichen Freimarken.

Die neuen Banknoten zu 500 Mark werden voraussichtlich Ende des Monats in größeren Mengen in den Verkehr gebracht werden.

Post-, Telegraphen- und Fernsprecherwerb mit Oberösterreich. Nachdem die Postanstalten in politischen Abstimmungsgebiet Oberösterreichs am 18. Juni an die polnische Postverwaltung übergeben worden sind, wird der Postverkehr zwischen Deutsch- und Polnisch-Oberösterreich nach den bisherigen inmerdeutschen Vorschriften fortgeführt. Im Telegrammverkehr beträgt die Wortgebühr 2 Mark 10 Pfg., im Fernsprecherwerb gelten die inmerdeutschen Gebühren. Die in Deutsch-Oberösterreich bestehenden Gebührenhöchungen erlangen in bisherigen Abstimmungsgebiet erst nach seiner vollständigen Klärung durch die Interalliierte Kommission Geltung, also erst im Laufe des Juli. Der Verkehr zwischen dem übrigen Deutschland und Polnisch-Oberösterreich gilt grundsätzlich als Auslandsverkehr, doch werden alle bisherigen Dienstgebühren aufrechterhalten. Nur Postprotokollträge, Briefe mit Zustellungsurkunde und Päckchen sind bis auf weiteres nicht zugelassen. Der Paketverkehr ist vorläufig gesperrt. Für ihn sind ermäßigte Auslandsgebühren vorgesehen. Die Wortgebühr eines Telegramms beträgt 12 Mark 60 Pfg. Im Fernsprecherwerb bleiben die Sätze des inmerdeutschen Verkehrs in Kraft. Die am 1. Juli eingetretene allgemeine Gebührenordnung gilt auch für Sendungen nach Deutsch- und Polnisch-Oberösterreich.

Aus Stadt und Land.

Die Kieler Waffensunde. Nach dem jetzt veröffentlichten amtlichen Bericht wurden in dem Arsenal Kiel, der Waffensammelstelle für die Marine im Ostseebereich, von der Kontrollkommission der Entente etwa 250 Maschinengewehre gefunden. Sämtliche Maschinengewehre sind in nicht gebrauchsfähigen Zustand, da zum größten Teil die Schließer und auch andere Teile fehlen. Außerdem sind die meisten Maschinengewehre verrostet. Ferner wurden im weiteren Verlaufe der Revision etwa 600 Gewehre, eine Anzahl Zubehör- und Reserveartikel für Verschluß- und Wiedereinstellungen der Schiffsartillerie und sonstige Inventarartikel gefunden, die für die Entente pflichtgemäß festgelegt sind. Sowohl das Stations- als auch das Arsenalpersonal sind von diesem Fund überrascht worden. Es wurden sofort Untersuchungen angeordnet, die zurzeit noch nicht abgeschlossen sind. Die Meldung vom Auffinden von Munitionsbeständen entspricht nicht den Tatsachen, da in dem Arsenal überhaupt keine Munition lagert.

Die Verhütung in Oberösterreich. In den letzten Tagen vor dem durch die Lebensnahme Oberösterreichs in deutsche Verwaltung wieder ermöglichten Einrücken der Schutzpolizei war es in diesem Gebiete zu heftigen Vorfällen und Mordtaten gekommen; so wurden Mädchen, die in Bedacht eines Verkehrs mit Franzosen standen, die Hälse abgeschnitten; die Mädchen wurden fast geschnitten usw. Kurz nach dem Einrücken der Schutzpolizei in ihre Quartiere ist jedoch eine Wiederveränderung eingetreten. Sobald die Schutzpolizei in der Lage war, ihre Aufgabe, Ruhe und Sicherheit in Oberösterreich zu schenken, durchzuführen, hörte der erwähnte Mord auf. Die Schießereien an den Grenzen sind eingestellt und auch das Umherstreifen mit der Gruppe ehemaliger Selbstschutzleute hat aufgehört. Schwache Anzeichen von Unruhen machen sich lediglich noch in entfernt gelegenen Dörfern, in die die Schutzpolizei nicht sofort nach ihrem Eintreffen Abteilungen senden konnte, bemerkbar. Es ist zu erwarten, daß in dem Maße, wie die Schutzpolizei auch in den entlegenen Dörfern ihre Wirksamkeit wieder aufnimmt, das letzte Aufblühen dieser Unruhen und Gewalttätigkeiten erlöschen wird.

Der Senftenberger Grubenbrand konnte jetzt endlich durch den anhaltenden Regen von Donnerstag gänzlich abgelöscht werden, so daß Ende der Woche die Berliner Feuerwehre wieder heimkehren konnte. Nach den amtlichen Feststellungen geht der auf der Grube „Marie III“ der Unhaltigen Kohlenwerke und auf der Grube „Bertha“ der Niederlausitzer Kohlenwerke angerichtete Schaden weit über die ursprüngliche Annahme hinaus. Er dürfte sich auf etwa 50-60 Millionen Mark belaufen. Jetzt wird auf den von dem Brand betroffenen Gruben Tag und Nacht gearbeitet, um die Förderungsanlagen wieder in Stand zu setzen. Bis zur Fertigstellung dieser Arbeiten werden die Belegschaften, um sie vor dem Brothverhungern zu bewahren, mit Handförderung beschäftigt. Die benachbarten Gruben der „Jse“-Bergbaugesellschaft haben unter dem Brand nur wenig gelitten. Auf den Werken dieser Gesellschaft, die bekanntlich vor 14 Tagen der Schmelze von Plünderungen und Ausschreitungen war, ist inzwischen nach Wiedernahme einer großen Anzahl von Verhaftungen wieder Ruhe eingetreten, so daß das zur Aufrechterhaltung der Ordnung dort hienachsende Kommando von 500 Schutzpolizisten wieder nach Kottbus zurückkehren konnte.

Chronik des Tages.

Die Reparationskommission besteht auf der Zahlung der Justize in Höhe von 32 Millionen Goldmark.

Lloyd George erklärte es im Unterhaus für notwendig, Deutschland einen Zahlungsaufschub zu genehmigen.

Staatssekretär Schöberl vom Reichsfinanzministerium ist von den Verhandlungen mit der Reparationskommission in Paris zur Weiterleitung nach Berlin zurückgekehrt.

Am Dienstag soll der Bericht des Garantekomitees in der Reparationskommission besprochen werden.

In der Frage der Regierungsumbildung im Reich ist bisher noch keine Annäherung zwischen den Parteien erzielt worden.

Die Deutsche Volkspartei ist aus der braunschweigischen Regierungskoalition ausgetreten.

Auf Grund eines privaten Vertrages wird der Nordamerikaner Morris für eine Milliarde Mark Lebensmittel nach Deutschland liefern.

Der Dollar ist von 439 auf 456 gestiegen.

Wilh. Keim, Uhrmacher
Spangenberg
Im Hause des Herrn Moritz Siebert



Großes Lager in:
Wand-Uhren
Stand-Uhren
Taschenuhren
Armbanduhren
Weckeruhren
Schwarzwälder-Uhren

Persil
im
Waschkessel

bedeutet:
Blütenweiße Wäsche
Schonung der Stoffe,
Ersparnis an Arbeit
und Kohle,
sichere Desinfektion.

Nur in Originalpacketen,
niemals lose.

HENKEL & CIE.,
DUSSELDORF.

Die Abonnenten der
"Heftischen Post"
werden darauf aufmerksam
gemacht, daß Bestellungen und
Abbestellungen Herr Lorenz
Paische Siedenhaus, ent-
gegennimmt.

Benzin
für Autos und
Motoren
Richard Mohr

SALZ
empfiehlt
Richard Mohr

Motor-Lokomobilen
In verschiedenen Ausführungen
und Größen für alle billigen flüssigen
Brennstoffe.

MOTORENFABRIK DEUTZ A.G.
ZWEIGNIEDERL. FRANKFURT/MAIN TAUNUSSTR. 47

Frauen-Qual.



bei Störungen u. Stockungen ver-
wenden sie meine Spezialmittel
1000 de Erfolge,
vielfach in einigen Stunden, oder
nächsten Tage, schmerzlos, ohne
Berufsstörung, unschädlich, mit
Garantie-Schein
Tellen Sie mir mit, wie lange Sie
klagen. Diskreter Versand.
Fr. Mertens, Dortmund
Schwanenwall Nr. 31

Offene Beine

Kramphaberleiden,
Geschwüre, Salzfuss, Flecken
u. s. w. behand. ohne Ope-
ration u. ohne Berufsstörung

Habermann,
Heilpraktik f. Beinleiden
Cassel, Weissenburgstr. 5
Ede Hohenzollernstraße
Sprechst. 9-1 und 3-6
Sonntags 10-1
20jähr. Erfahrung.
Glänzende Dauererfolge.

Nähe Jagdhaus Grewen, Bischofstraße Mon-
tag, den 10. Juli

silbernes Cigarettenetui verloren.
Innenschriften: Vater, Mutter, Inge, Ferdi, Irma
Gegen Belohnung
Mark Dreihundert
abzugeben im
Jagdhaus Grewen.



Turn- Verein
„Froher Mut“
Mittwoch: 8 Uhr abends Spielfunde
Sonnabend: 9 Uhr abends Turnfunde
Anschließend
Monatsversammlung
Wichtige Besprechungen! Vollzähliges Erscheinen
notwendig.
Der Vorstand.

Alle Sorten Papierabfälle
wie alte Zeitungen, Bücher, Akten etc.
kauft laufend zu den höchsten Tagespreisen
Hess. Papier- u. Kartonnagen-Industrie
G. m. b. H.

Vetterl
gegen
Kraurausfall
Garantierter Erfolg
Generalvertrieb
Sanitaria
Cassel

Überall erhältlich.



Schmiedemaschinen
Lieferan Lager
Wlethoff & Co. Cassel
Wolfischlucht 6 Fernspr. 3210

Möbeltransporte
Jeder Größe zwischen beliebigen
Orten des Reiches per Möbelwagen
größer und neuester Beschaffen-
heit ohne Umladung bei fache-
mäßiger Ausführung und Garantie
übernimmt
A. Spohr Cassel.
Wolfhagerstraße 32 Fernspr. 1281
Gegr. 1867

Stempel
liefert schnell und preiswert
Buchdruckerei
Meine



Wäsche wird nur schnee-
weiß mit Seifenpulver
Schneekönig.

Kirchliche Nachrichten.
Sonntag den 16. Juli 1922.
5. Sonntag nach Trinitatis.

Gottesdienst in:
Spangenberg:
Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönewald.
Elbersdorf:
Vormittags 10 Uhr: Vefegottesdienst.
Schnelkrode:
Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Schönewald.

Amtlicher Teil.

Sanzpolizeigebührenordnung.
(Fortsetzung)

- für die Prüfung der zu einem erteilten Dispens ge-
hörigen Unterlagen 25 Mk., bei geringfügigen Abwei-
chungen von der Bauordnung kann eine Ermäßigung
auf 10 Mk. eintreten;
 - für die Prüfung eines Dorentwurfes die Hälfte der in
§ 1 bestimmten Sätze. Erfolgt die Ausführung im
wesentlichen nach Maßgabe des Dorentwurfes, so kommt
die Hälfte der Dorentwurfsgebühr auf die Gebühr des
§ 1 in Anrechnung;
 - insoweit eine Prüfung der Baugesuche durch die staat-
liche Prüfungsstelle für statische Berechnungen stattfindet,
Gebühren nach der für diese Prüfungsstelle erlassenen
Gebührenordnung.
- § 3. Der Rauminhalt der Gebäude wird durch
Multiplikation der für die Bebauung in Aussicht ge-
nommenen Grundflächen mit der Höhe — von der Keller-
sohle oder, wo ein Keller nicht vorhanden ist, von dem
Fußboden des Erdgeschosses bis zur Oberkante des Haupt-
gesimses gemessen — festgestellt.
- Die oberhalb des Hauptgesimses liegenden Gebäude-
teile sowie Balkone und Erker werden — abgesehen von
den im § 1 Ziffer IV bezeichneten — nicht berechnet.
- Bei Postkellern und sonstigen selbständigen Keller-
anlagen ist die Höhe von der Kellersohle bis zur Erdober-
fläche maßgebend.
- Die über ein volles Hundert überschreitenden cbm oder
qm werden für ein volles Hundert gerechnet, desgleichen
die Lieberhöfische voller Zonen bei § 1 Ziffer IV.
- § 4.
- Gebührenfrei sind die Bauten des preussischen Staates
und des deutschen Reiches, erstere einschließlich der-
jenigen Bauten, bei denen der Staat mit Patronats-
beiträgen, Gnadengeschenken oder sonstigen baren Bei-
hilfen (abgesehen von Uebersteuerungszuschüssen) be-
teiligt ist.
 - für Wohnbauten, die mit öffentlichen Zuschüssen
(Anbaubarlehen) errichtet werden, werden die Gebühren
nach § 1 und 2 bis V nur zur Hälfte erhoben.

§ 5. Die Gebühren sind in den Fällen des § 1 und
des § 2 Ziffer I und VI bei Ausbändigung der Baugesuch-
genehmigung, in den Fällen des § 2 bei Ausbändigung der
Nachtragsgenehmigung (Ziffer II), bei Wiederbühndigung
der mit dem Verlängerungsvermerke versehenen Baugesuch-
genehmigung (Ziffer III), bei Empfang des Dispensbescheides
(Ziffer IV) oder des Bescheides auf den Dorentwurf (Ziffer
V), spätestens aber binnen zwei Wochen nach erfolgter
Benachrichtigung zu entrichten.

(Fortsetzung folgt.)

Bevollmächtigter in Steuersachen.

Der Bäckereivorstand W. Kempwolf in Cassel ist als
Bevollmächtigter in Steuersachen für den Bezirk des
Finanzamtes Welfungen zugelassen.
Welfungen, den 30. Juni 1922.
Das Finanzamt.

Tuberkulose-Fürsorge.

Der Verein Tuberkulose-Fürsorge im Reg.-Bez. Cassel,
e. B. (Vorl. San.-Rat Dr. v. Wild) zu Cassel, dem auch
die Stadtgemeinde Spangenberg als Mitglied angehört,
entfaltet eine segensreiche Tätigkeit. Er hat im Geschäfts-
jahre 1921 209 Personen in Lungenheilstätten unter-
gebracht. Außerdem unterhält er eine Poliklinik in Cassel
(Wiesengr. 5), die in der Hauptfach als Beratungsstelle
für unbemittelte lungenkranke Personen dient. Sprech-
stunden: an jedem Werktag (außer Sonnabend) von 6 bis
6 Uhr nachmittags und zwar:
Montag für Kinder,
Dienstag und Donnerstag für weibliche Personen
Mittwoch und Freitag für männliche Personen (Erozwachsene)
Es wird hierdurch empfohlen,
1. dem Verein als Mitglied beizutreten,
2. die Lungenkranke anzuhalten, die Einrichtungen des
Vereins reger in Anspruch zu nehmen.
Spangenberg, den 3. Juli 1922.
Der Bürgermeister,
Schier.

Sprechtag des Finanzamtes in Spangenberg.
Das Finanzamt in Welfungen wird verlässlich alle
2 Wochen am Freitag einen Sprechtag durch einen Finanz-
beamten in Spangenberg abhalten lassen. Sprechtag:

21. Juli, 4. August, 18. August, 1. September usw. Ge-
schäftsraum: 1 Zimmer der Gastwirtschaft „Zum grünen
Baum“ (Inhaber: W. Siebert).

An den Sprechtagen werden Terminsachen für Spangenberg und die entlegenen Gemeinden, für die das Finanzamt Termine in Spangenberg ansetzt, erledigt werden. Außerdem sollen möglichst die Sachen erörtert werden, zu denen die Anmeldungen der Steuerpflichtigen so rechtzeitig beim Finanzamt eingegangen sind, daß die Akten zum Sprechtag mitgeführt werden können. Ohne Akten kann in den Sachen nicht verhandelt werden. Steuerpflichtige, die sich nicht vorher beim Finanzamt angemeldet haben, werden nicht zugelassen.

Um die Sprechtage zu einer dauernden Einrichtung zu gestalten, ist es erforderlich, daß der Finanzbeamte nicht mit jeder Kleinigkeit beschäftigt wird. Eine Beschäftigung ist schon erforderlich, weil die Arbeitsleistung eines einzelnen Beamten ihre Grenzen hat. Uebersteigen die Anforderungen das gegebene Maß, so muß mit dem Wegfall der Einrichtung gerechnet werden, weil das Finanzamt weitere Kräfte nicht abordnen kann.

Die Sprechtage stellen nur eine vorläufige Einrichtung dar. Ergeben sich Unzuträglichkeiten, so ist ihre endgültige Einführung in Frage gestellt.

Wir weisen auf die vorstehenden Festsetzungen des Finanzamtes ausdrücklich hin.

Spangenberg, den 14. Juli 1922.
Der Magistrat,
Schier.

Vergebung von Weiskinderarbeiten.

Die Arbeiten zur Instandsetzung der Gebäude Kirchplatz Nr. 128 und 130 (Vefriedenstwohnungen) sollen Donnerstag, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr im Sitzungszimmer des Rathhauses öffentlich vergeben werden. Kostenanschlag und Bedingungen können vorher hier eingesehen werden. Den Beteiligten wird dringend empfohlen, hiervon Gebrauch zu machen.
Spangenberg, den 14. Juli 1922
Der Schulverbandsvorsteher,
Schier.